

Antrag L 01



zur 14. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller: MIT Landesvorstand

1 Mit Fachkräften zum Erfolg!

2 Fachkräftesicherung als umfassende Querschnittsaufgabe von Politik,

3 Wirtschaft und Gesellschaft

4 Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

5 Deutschland hat die Finanzmarktkrise besser als viele andere Länder überstanden.
6 Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt. Aber Deutschland steht auch vor
7 großen Herausforderungen. In unserem Land vollzieht sich derzeit ein
8 demographischer Wandel, der zu höherer Lebenserwartung und mehr älteren
9 Menschen, aber auch zu weniger Kindern und weniger Menschen im erwerbsfähigen
10 Alter führen wird. In vielen Lebensbereichen erleben wir auch einen rasanten
11 technologischen Wandel, der immer höhere Anforderungen an berufliche
12 Qualifikationen stellt und erworbenes Wissen immer schneller veralten lässt. Durch
13 den Aufstieg großer Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien steht unser
14 Land in einem globalen Wettbewerb, in dem wir uns nicht auf alten Erfolgen
15 ausruhen können, sondern unsere Innovationsfähigkeit ständig verbessern müssen.

16 Neben der Bewältigung der Staatsschuldenkrise, von der die Europäische Union und
17 die USA besonders stark betroffen sind, ist daher die langfristige Sicherung des
18 Fachkräftebedarfs die größte wirtschaftspolitische Herausforderung der kommenden
19 Jahre. Fachkräftesicherung lässt sich nicht durch kurzfristige Einzelmaßnahmen
20 erreichen, sondern ist eine umfassende Querschnittsaufgabe für Politik,
21 Unternehmen, Verbände und Bildungseinrichtungen. Um dieses Ziel zu erreichen,
22 müssen alle Potentiale genutzt werden:

- 23 1. Wir müssen mehr Anstrengungen unternehmen, die Beschäftigungspotentiale
24 von Nichterwerbstätigen nach dem Prinzip Fördern und Fordern zu aktivieren

25 und sie durch geeignete Qualifizierungsmaßnahmen in den ersten
26 Arbeitsmarkt zu bringen.

27 2. In der frühkindlichen Förderung und in der Schule müssen wir früher und
28 konsequenter darauf hinarbeiten, dass jedes Kind, das die Schule verlässt,
29 auch ausbildungsfähig ist und nicht erst in jahrelangen Warteschleifen auf das
30 Berufsleben vorbereitet werden muss.

31 3. Wir brauchen mehr Flexibilität bei der Gestaltung von Erwerbsbiographien,
32 insbesondere müssen wir mehr Anstrengungen unternehmen, die
33 Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern oder lebenslanges Lernen
34 berufsbegleitend zu ermöglichen.

35 4. Angesichts der steigenden Lebenserwartung muss die Lebensarbeitszeit
36 erhöht werden – etwa durch einen weiteren Anstieg des Renteneintrittsalters
37 oder durch längere Arbeitszeiten von Teilzeitbeschäftigten.

38 5. Die Ausschöpfung des inländischen Beschäftigungspotentials reicht allein
39 nicht aus, um den Fachkräftebedarf zu decken. Wir sind deshalb auch darauf
40 angewiesen, dass gut qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland den Weg nach
41 Deutschland finden. Qualifizierte Zuwanderer mit hoher Leistungsbereitschaft
42 und Integrationsfähigkeit sind uns sehr willkommen, aber wir müssen die
43 Zuwanderung in die Sozialsysteme unterbinden.

44 6. Wir brauchen auch Anreize für Abwanderungswillige, dass sie sich für
45 Deutschland entscheiden und ihre Qualifikation für unser Land nicht verloren
46 geht.

47 Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung begrüßt daher das Konzept zur
48 Fachkräftesicherung, das die Bundesregierung im Juni 2011 vorgelegt hat. In ihm
49 wird Fachkräftesicherung deutlicher als je zuvor als Querschnittsaufgabe der Arbeits-
50 , Bildungs-, Wirtschafts- und Integrationspolitik herausgestellt. Die Bundesregierung
51 hat damit nicht nur eine intensive Diskussion über eine der großen Zukunftsfragen
52 unseres Landes angestoßen, sondern auch eine Vielzahl von Maßnahmen
53 angekündigt, die in die richtige Richtung gehen. Auch die Bundesländer stehen jetzt
54 in der Verantwortung, vor allem in der Bildungspolitik ihren Beitrag zur
55 Fachkräftesicherung zu leisten.

57 **Schulische Bildung**

58 Der Schlüssel für die Sicherung des Fachkräftebedarfs ist die Bildung und
59 Ausbildung von jungen Menschen. Ideologische Schulstrukturdebatten haben in den
60 letzten Jahren viel Kraft gekostet und von den konkreten Defiziten in der
61 frühkindlichen und schulischen Bildung abgelenkt. In allen Bundesländern ist zu
62 gewährleisten, dass jeder Schulabgänger ausbildungsfähig ist. Dazu ist erforderlich,
63 dass unverzichtbare Kernkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen im
64 Mittelpunkt der Lehrpläne stehen. Auch die ökonomische Bildung muss verbessert
65 werden und in den Lehrplänen und in der Struktur der Schulfächer stärker verankert
66 werden. Sie muss zur Berufsorientierung der Jugendlichen frühzeitig und umfassend
67 beitragen. Vor allem viele Gymnasien haben hier Nachholbedarf, weil sie einseitig
68 auf die Vorbereitung der akademischen Ausbildung orientiert sind. Nachschulische
69 Maßnahmen zur Berufsvorbereitung werden auch in Zukunft erforderlich sein, aber
70 Ziel muss es sein, die Zahl der Schulabgänger, die sich in berufsvorbereitenden
71 „Warteschleifen“ aufhalten, zu verringern und die erforderlichen Maßnahmen zur
72 beruflichen Integration stärker in die Schulzeit zu verlagern.

73 **Berufliche Bildung und Studium**

74 Es ist richtig, dass die Bundesregierung den besonderen Beitrag der beruflichen
75 Bildung anerkennt und diese stärken will. Das duale System der beruflichen Bildung
76 hat über viele Jahrzehnte dafür gesorgt, dass die Jugendarbeitslosigkeit in
77 Deutschland besonders niedrig ist und auch viele lernschwächere Jugendliche in den
78 Arbeitsmarkt integriert werden konnten. Aber nach wie vor wird die berufliche Bildung
79 in der politischen Praxis zu oft stiefmütterlich behandelt. Dies gilt gleichermaßen
80 sowohl für die Berufskollegs als auch für die Überbetrieblichen Unterweisungsstätten
81 der Wirtschaft. Die Kernaufgabe der Berufskollegs ist die berufliche Erstausbildung.
82 Diese Funktion darf nicht durch Ressourcenverlagerung in die Bereiche der
83 Erlangung der allgemeinen Hochschulreife und der Weiterbildung geschwächt
84 werden. Die Bundesländer sind aufgefordert, die vielerorts marode Infrastruktur der
85 Berufsschulen zu verbessern und die Personalausstattung der Berufsschulen dem
86 Bedarf anzupassen. Mehr als bei anderen Schulformen gehört Unterrichtsausfall
87 wegen Personalmangel gerade im berufsbezogenen Fachunterricht zum Alltag an
88 deutschen Berufsschulen. Die Bundesländer müssen verstärkt dafür sorgen, dass

sich mehr Lehramtsstudenten für das Lehramt an Berufsschulen entscheiden, und die Lehreraus- und- fortbildung stärker an die besonderen Bedürfnisse der Berufspraxis anpassen. Auch die Einbindung von erfahrenen Berufspraktikern sollte erleichtert werden. Unverzichtbarer Bestandteil einer Politik zur Stärkung des dualen Systems der beruflichen Bildung in Deutschland ist auch die Sicherstellung der fortlaufenden Modernisierung der Überbetrieblichen Lehrwerkstätten, die einen entscheidenden Beitrag zum hohen Qualitätsstandard dieses Systems leisten.

Berufliche Ausbildung und Studium nicht gegeneinander ausspielen

Es greift zu kurz, wenn als bildungspolitischer Erfolg die Steigerung der Abiturienten- und der Studierendenquote ausgegeben werden. Damit wird der Fachkräftemangel nicht beseitigt, sondern verlagert. Die Attraktivität einer beruflichen Ausbildung muss auch für leistungsstarke Schulabgänger erhöht werden, zum Beispiel durch die Schaffung neuer attraktiver Ausbildungsberufe. Der Einstieg in eine berufliche Ausbildung darf nicht als eine erwerbsbiographische Sackgasse erscheinen. Stattdessen müssen berufliche Ausbildung und Studium besser verzahnt werden. Der Übergang von Absolventen einer beruflichen Aus- und Fortbildung in ein weiterqualifizierendes Studium muss erleichtert werden, z.B. indem Teile der beruflichen Ausbildung und Fortbildung als Studienleistungen anerkannt werden können. Vor allem sind die Universitäten und Fachhochschulen aufgefordert, in Kooperation mit der Wirtschaft flexible und zielgruppenorientierte Studiengänge zur Weiterbildung zu entwickeln.

Längere und flexiblere Lebensarbeitszeiten

Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrem Bemühen, durch eine Fülle von Maßnahmen die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu stärken. Auf das Fachwissen und die Erfahrung älterer Arbeitnehmer werden wir in Zukunft weniger denn je verzichten können. Auch deshalb ist die allmähliche Erhöhung des

Die allmähliche Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre war ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte sind unumgänglich. Denn die Menschen werden nicht nur immer älter, sondern sind auch dank des medizinischen Fortschritts im Alter gesünder und leistungsfähiger als alle Generationen vor ihnen. Deshalb sollten die

119 steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen dafür
120 verbessert werden, dass Arbeitnehmer auch nach dem Renteneintritt
121 Beschäftigungen ausüben und den Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand
122 gleitend und flexibel gestalten können.

123 **Zuwanderung und Integration**

124

125 Es ist richtig, dass die Bundesregierung als Ergänzung von Maßnahmen zur
126 Ausschöpfung inländischer Beschäftigungs- und Qualifizierungspotentiale auch auf
127 die Zuwanderung qualifizierter und integrationsbereiter Fachkräfte aus dem Ausland
128 setzt. Deutschland muss für qualifizierte Zuwanderer attraktiver werden. Eine
129 bessere Steuerung der Zuwanderung liegt in unserem Interesse.

130

131 Der Zugang von ausländischen Fachkräften muss stärker nach den Bedürfnissen
132 des deutschen Arbeitsmarktes ausgerichtet werden. Bei jeglicher Zuwanderung von
133 Arbeitnehmern und ihrer Familien ist auch deren erforderliche Integration nicht nur in
134 unsere Wirtschafts-, sondern auch in unsere Gesellschaftsordnung von zentraler
135 Bedeutung. Dabei kommt der Bereitschaft zum Erlernen der deutschen Sprache eine
136 Schlüsselrolle zu. Eine solche Integration erreichen wir aber nicht, indem sich ein
137 Arbeitnehmer dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt, sondern nur, indem
138 er ein konkretes Arbeitsverhältnis antritt und gleichzeitig die Bereitschaft zum
139 Erlernen der deutschen Sprache unter Beweis stellt. Aus diesem Grund ist für uns im
140 Zuwanderungsrecht die Verknüpfung der Zuwanderung an den Nachweis einer
141 konkreten Arbeitsstelle sowie an das Vorhandensein deutscher Sprachkenntnisse
142 essentiell. Abstrakte Eignungskriterien, die der Gesetzgeber definiert, können an den
143 tatsächlichen Bedürfnissen der Wirtschaft vorbeigehen.

144

145 Soweit sog. Punktesysteme nach kanadischem und australischem Vorbild als
146 Reformansatz debattiert werden, ist für uns unverzichtbar, dass erstens die enge
147 Verknüpfung zwischen einem konkreten Arbeitsplatz und der Zuwanderung erhalten
148 bleibt, dass zweitens deutsche Sprachkenntnisse nachgewiesen werden und dass
149 drittens nicht einseitig akademische Qualifikationen Vorrang haben, während der
150 erhebliche Fachkräftebedarf in anderen Bereichen wie dem Handwerk, dem
151 Dienstleistungssektor oder der Industrie vernachlässigt wird. Punktesysteme, die

diese Voraussetzungen nicht beinhalten, sind nichts für den Mittelstand. Nur bei Beachtung dieser Kriterien werden wir Zuwanderer bekommen, die wir von ihrer Qualifikation und Integrationsbereitschaft als willkommene Bereicherung für unser Land ansehen können.

Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt muss auch weiterhin ohne eine feste Mindestverdienstgrenze möglich sein, allerdings muss im Regelfall eine Vorrangprüfung zu Gunsten deutscher Arbeitnehmer erhalten bleiben. Diese Vorrangprüfung muss aber mit einem minimalen bürokratischen Aufwand und zügig durchgeführt werden. Aus diesem Grunde fordern wir, dass im Zuwanderungsrecht eine gesetzliche Fiktion aufgenommen wird, wonach eine Vorrangprüfung als positiv im Sinne des antragstellenden Arbeitgebers abgeschlossen gilt, wenn nach Einreichung der vollständigen Antragsunterlagen ein Monat vergangen ist. So erreichen wir, dass aktuell benötigte Fachkräfte auch rasch den Arbeitgebern zur Verfügung stehen.

Für die Sicherstellung qualifizierter Zuwanderung ist die neue gesetzliche Regelung für ein Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Berufsqualifikationen hilfreich, die noch in diesem Jahr in Kraft treten soll. Die Schlüsselrolle bei der fachlichen Prüfung übernehmen die Kammern der Wirtschaft. Durch diese Verfahrensregelungen wird erreicht, dass die jetzt auf den Weg gebrachten gesetzlichen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern nicht zu einer Entwertung deutscher Berufsabschlüsse führen. Die allgemeinen Grundsätze der Äquivalenzprüfung dürfen nicht derart verwässert werden, dass die Gleichwertigkeit der Qualifikation auch dann bestätigt wird, wenn die im Ausland erworbene Qualifikation den Anforderungen nicht genügt.

Fachkräftesicherung für die deutsche Wirtschaft und insbesondere für unseren Mittelstand kann nur erfolgreich gestaltet werden, wenn wir an dem hohen Standard der Qualifikationskultur in Deutschland festhalten. Dieser Standard ist die Grundlage für die Kultur der Solidität, die das Geheimnis der deutschen Wirtschaftsstärke darstellt. Bei der Fachkräftesicherung als umfassender Querschnittsaufgabe für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft darf dieser Gesichtspunkt niemals aus den Augen verloren werden.